

Vorlage Nr. IV - S 32/2023 - 2		
für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Schule.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Antrag auf überplanmäßig anerkannten Bedarf eine/r Referent:in für Schulbau im Schulamt im Umfang von 1,0 VZE

A Problem

Die zentralen zukünftigen Aufgaben der Schulentwicklung in Bremerhaven sind die Schaffung von Schulplätzen angesichts wachsender Schüler:innenzahlen, die Sicherung des Fachkräftebedarfs für den Unterricht sowie die weiteren pädagogischen Aufgaben der Schulen, Ausgleich fehlender Investitionen in die vorhandene schulische Infrastruktur, die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder und die Absicherung der Bildungsqualität, der Übergänge zwischen den Schulstufen und die Einmündung in die Berufsausbildung. Die Bewältigung stellt insbesondere das Schulamt vor große Herausforderungen. Neben der fehlenden Beantwortung der Fragen zu einer grundsätzlichen Schulstandort- und Ausbauplanung, fehlt eine gründliche Analyse und Bewertung der vorhandenen Strukturen sowie die konzeptionelle Verankerung der schulischen Vorhaben mit den Planungen der Kommune selbst. Die aktuellen Neubauvorhaben zeigen, dass der Ausbau- und Sanierungsoffensive Zeit und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese fehlen angesichts des eruierten Bedarfs sowohl im Schulamt, als auch beim Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien. Diesem Vorhaben schließen sich die bereits begonnenen Maßnahmen an, die im Schulamt zu einer Überlastung anderer Arbeitsprozesse führen und einer kurzfristigen Lösung bedürfen.

B Lösung

Mit dem durch die Koalition 2023-2027 beschlossenen Investitionsprogramm für die Sanierung der Schulen, den Ausbau der Kapazitäten und die Erweiterung der Grundschulen wird das Schulamt zusätzliche Maßnahmen generieren und umsetzen (z.B. die von den Gremien bereits beschlossenen Campus-Schulbauvorhaben oder die Sanierungsoffensive Fastlane). Das Schulamt und der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien sind aufgefordert, hierfür eine in gemeinsamer Verantwortung geführte Abteilung für Schulbau zu gründen. Der Stadtverordnetenversammlung liegt ein entsprechender Antrag der Fraktionen SPD/CDU/FDP zur Beschlussfassung am 13.09.2023 vor. Der Schulamtsanteil für die Gestaltung dieser avisierten Abteilung umfasst einen anerkannten überplanmäßigen Bedarf in Höhe von 1,0 VZÄ EG 13 TVöD VKA. Damit müssen die zentralen Herausforderungen der Schulentwicklung in Bremerhaven bewältigt werden. Das stärkere Zusammenwirken des Schulamtes mit dem Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien wird durch die Einrichtung einer Referent:innenstelle konzeptionell verankert und dauerhaft angelegt. Die Koalition und der Magistrat drängen ebenso darauf, dass die kommunalen Investitionen durch Mittel des Bundes und des Landes Bremen komplementiert werden - hierfür braucht es eine zentrale Organisationseinheit mit Fachpersonal, das anteilig die pädagogisch-baulichen Bedarfe eruiert und ebenso die Vorhaben auf ihre Machbarkeit überprüft. Mit Blick auf die bevorstehende haushaltslose Zeit ist

eine formalrechtlich verzögerte Haushaltsberatung 2024/2025 zu erwarten. Um die Personalakquise und das erforderliche Stellenbesetzungsverfahren rechtzeitig abschließen zu können, ist eine Bereitstellung dieser Stelle außerhalb des Haushaltsaufstellungsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt zwingend erforderlich. Mit der Forderung, die Sanierungs- und Bauvorhaben im Schulbereich auf ein zukunftsweisendes Fundament zu stellen, resultiert der Bedarf zur Einrichtung einer Fachstelle im Schulamt, die mit den erforderlichen Vorbereitungen zur Gründung der gemeinsamen Abteilung beginnen soll.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen werden im Rahmen der Vorlage und für den Personal- und Organisationsausschuss vom Personalamt eingebracht. Unter Berücksichtigung der Personnhauptkosten sind jährliche Personalkosten nach EG 13 TVöD/VKA in Höhe von 92.763 Euro zu veranschlagen.

Die Vorlage hat weder klimaschutzzielrelevante noch geschlechtsspezifische Auswirkungen. Auswirkungen für ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung, besondere Belange des Sports sowie eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung

Das Personalamt einschließlich der Abteilung 11/6 "Organisation/Stellenbewertung" und der Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien wurden beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird durch das Dezernat IV sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die überplanmäßig anerkannten Bedarfe im Umfang von 1,0 VZÄ (EG 13 TVöD/VKA) unbefristet für die Einrichtung einer/eines Referent:in für Schulbau im Schulamt zur Kenntnis und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

Frost
Stadtrat